

18.12.25

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zum Vierten Gesetz zur Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes

Bundesministerium
für Verkehr
Parlamentarischer Staatssekretär

Berlin, 18. Dezember 2025

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Bürgermeister
Dr. Andreas Bovenschulte

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,

namens der Bundesregierung übersende ich Ihnen als Anlage die Stellungnahme zu der Entschließung des Bundesrates zu „Viertes Gesetz zur Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes“ vom 14. Juni 2024 (BR-Drs. 303/24 (B), Buchstabe B).

Mit freundlichen Gren
Ulrich Lange

siehe Drucksache 303/24 (Beschluss)

Stellungnahme

zu der Entschließung des Bundesrates zu „Viertes Gesetz zur Änderung des Bundeschienenwegeausbaugesetzes“ vom 14. Juni 2024 (BR-Drs. 303/24 (B), Buchstabe B)

Stellungnahme:

Zu 1.

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, zeitnah die Regionalisierungsmittel zu erhöhen, da die Novellierung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes (BSWAG) aus Sicht der Länder für diese einen „riesigen finanziellen Kraftakt“ bedeute. Aus Sicht des Bundes beziehen sich die Länder dabei auf anteilige Bundesfinanzierungen für infrastruktur- und fahrzeugseitige Digitalisierung (§ 11a Abs. 4 BSWAG) sowie Schienenersatzverkehre im Rahmen der Sanierung von Hochleistungskorridoren (§ 11c Abs. 3 bis 6 BSWAG). In beiden Fllen besteht die Möglichkeit bzw. die Verpflichtung zu einer (erstmaligen) finanziellen Bundesbeteiligung, so dass Kosten zwischen Bund, Ländern und teilweise den Eisenbahninfrastrukturunternehmen der Eisenbahnen des Bundes aufgeteilt werden. Auf die entsprechenden Regelungen haben sich Bund und Länder im Rahmen eines Vermittlungsausschusses verständigt.

Hinsichtlich einer Anpassung der Regionalisierungsmittel gilt vor diesem Hintergrund und vorbehaltlich der Entscheidungen der Bundesregierung Folgendes: In den vergangenen Jahren hat der Bund mehrfach die Regionalisierungsmittel erhöht. Gesetzlich ist bereits für den Betrag, der den Ländern zusteht, eine jährliche Dynamisierungsrate von 3,0 % (statt früher 1,8 %) ab dem Jahr 2023 bis einschließlich 2031 vorgesehen.

Mit Blick auf die angespannte Haushaltssituation bleibt eine weitere Ausgestaltung und Entscheidung der aktuellen Legislaturperiode vorbehalten.

Zu 2.

Der Bundesrat fordert, die Berechnungsmethodik bei der Ermittlung der anrechenbaren Kosten für schienenengebundene Ersatzverkehre zum 30. Juni 2027 zu evaluieren und bei Bedarf weiterzuentwickeln.

Mit der Evaluation wurde noch nicht begonnen, da die Frist erst am 30. Juni 2027 endet und bisher nur Erfahrungen zu den Kosten straengebundener Ersatzverkehre für die Riedbahn vorliegen. Diese Datengrundlage ist für eine Evaluation noch nicht hinreichend groß genug.

Zu 3.

Der Bundesrat fordert weiterhin, die seitens des Bundes vorgelegten Annahmen zu den ausfallenden Schienenpersonennahverkehren kontinuierlich zu prüfen und fortzuschreiben.

Es handelt sich hierbei um einen kontinuierlichen Prfuftrag, der kein definiertes Ende hat. Seitens des Bundesministeriums für Verkehr (BMV) werden die Annahmen jährlich im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens geprüft. Das Eisenbahn-Bundesamt erarbeitet derzeit einen Prozess für das notwendige Kostenerstattungsverfahren, bei dem die getroffenen Annahmen ebenfalls überprüft werden. Die Forderung der Entschließung wird daher entsprechend umgesetzt.